

VERSTANDEN?

Fragen zum Lernvideo 6.2

Hier finden Sie Fragen und Lösungen zum Lernvideo

6.2: Das politische System der Schweiz

Versuchen Sie, die Fragen zu beantworten und vergleichen Sie ihre Lösungen mit den nachfolgenden Lösungsvorschlägen. Je höher die Übereinstimmung, desto besser haben sie das Themenfeld verstanden.

Fragen oder Unklarheiten? – Nutzen Sie das Frageforum auf Ilias oder besuchen Sie die Vertiefungsvorlesung, bei der Möglichkeiten zur Anwendung des Gelernten geboten werden.

Fragen

Weshalb ist die Helvetik für die Entstehung der modernen Schweiz wichtig?

Was ist der Sonderbundskrieg?

Was ist 1848 die grundlegende Idee des Föderalismus?

Wie entwickelt sich die direkte Demokratie auf Bundesebene?

Welche Eigenschaften zeichnen den Föderalismus als zentralen Bestandteil des politischen Systems der Schweiz aus?

Was zeichnet das Parteiensystem / die Parteien im politischen System der Schweiz aus?

Was zeichnet das Verbandssystem / die Verbände als organisierte politische Interessengruppen im politischen System der Schweiz aus?

Was sind die zentralen Elemente des Parlaments im politischen System der Schweiz?

Was sind die zentralen Elemente der Regierung im politischen System der Schweiz?

Was sind die zentralen Elemente der Verwaltung im politischen System der Schweiz?

Was sind die zentralen Elemente der Judikative im politischen System der Schweiz?

Wie lassen sich die intermediären Akteure im politischen System der Schweiz beschreiben?

Die direkte Demokratie, als ein Spezialelement des politischen Systems der Schweiz, lässt sich im Systemmodell von Almond und Powell (1988) an zwei Orten platzieren. Wo und was bedeutet dies konkret?

Wie ist die Direkte Demokratie in der Schweiz konkret beschaffen; welche Instrumente gibt es?

Welche Wirkungen werden der direkten Demokratie zugeschrieben?

Was ist das spezielle am Gesetzgebungsprozess in der Schweiz?

LÖSUNGSVORSCHLÄGE

Weshalb ist die Helvetik für die Entstehung der modernen Schweiz wichtig?

Für die Entstehung der modernen Schweiz ist unter anderem auch die Helvetik zentral. Insbesondere die Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, sprich – von demokratischen Ideen – aber auch der Idee der Schulbildung für alle oder von rechtlichen Mindeststandards setzt sich durch. Allerdings gibt es gegen diese liberalen Ideen auch eine konservative Gegenwehr, die die Restauration durch den Wiener Kongress begrüsst. Die geweckten Ideen lassen sich aber nicht mehr bändigen und es kommt letztlich zur Durchsetzung liberal-demokratischer Ideen und zum Bundesstaat – gegen den Widerstand konservativer Kreise.

Was ist der Sonderbundskrieg?

Katholische Kantone rufen den Sonderbund aus und bitten Österreich zur Hilfe. Die Tagsatzung droht mit militärischer Gewalt und es kommt 1848 zu einem rund 20-tägigen Krieg mit wenigen Toten. Die liberalen Sieger dieser Auseinandersetzung setzen einen Bundesstaat durch, berücksichtigen aber die Bedürfnisse der Verlierer und verzichten auf die Idee eines Zentralstaates und befürworten die Idee eines Föderalismus, der auch die Bedürfnisse unterschiedlicher Konfessionen berücksichtigt. Die Abstimmung über die Bundesverfassung war dann eigentlich das erste obligatorische Referendum.

Was ist 1848 die grundlegende Idee des Föderalismus?

Bundesstaat hat nur wenige Bereiche in seiner Verantwortung (Wirtschaftspolitik, Aussenpolitik, Sicherheitspolitik). Für alle anderen Bereiche sind die Kantone verantwortlich; zudem wird ein Zweikammersystem eingerichtet.

Wie entwickelt sich die direkte Demokratie auf Bundesebene?

Forderungen nach mehr Partizipation von unten. 1848 lediglich das obligatorische Verfassungsreferendum und Totalrevision, später das fakultative Referendum (mit der Totalrevision von 1874) und die Volksinitiative (1891). In den Kantonen gib es bereits zu Beginn des Bundesstaates zahlreiche weitere Möglichkeiten.

Welche Eigenschaften zeichnen den Föderalismus als zentralen Bestandteil des politischen Systems der Schweiz aus?

Es gibt den Ständerat als zweite Kammer als Vertretung der Kantone, der die gleichen Möglichkeiten hat wie die Volksvertretung (Nationalrat); bei Verfassungsrevisionen braucht es ein so genanntes Ständemehr, also eine Mehrheit der Kantone. Es gibt die Möglichkeit einer Standes-

initiative: ein Kanton hat die Möglichkeit, die Idee eines neuen Gesetzes in das Parlament einzuspeisen. Acht Kantone können ein Referendum gegen ein vom Parlament beschlossenes Gesetz einreichen. Die Kantone müssen beim Vernehmlassungsverfahren angehört werden: wenn ein neues Gesetz entworfen wird, dürfen die Kantone zu diesem Gesetzestext Stellung nehmen. Die Kantone sind autonom, wie ihre Verfassung aussehen soll und wie viele Steuern sie erheben wollen. Das Subsidiaritätsprinzip will, dass nur auf nationaler Ebene geregelt wird, was auf subnationaler Ebene nicht gelöst werden kann.

Was zeichnet das Parteiensystem / die Parteien im politischen System der Schweiz aus?

Die Parteien sind in der Schweiz ziemlich schwache Akteure, weil das Milizsystem in der Regel Freiwilligkeit fördert und Professionalität eher verhindert, weil der Föderalismus zahlreiche unterschiedliche kantonale Sektionen bedingt, die ab und zu schwierig zu organisieren sind, und weil sich wegen der direkten Demokratie auch andere Akteure in die Politik einschalten können. Zudem sind nur rund 5% der Schweizer Bevölkerung in Parteien organisiert.

Das Parteiensystem ist im Vergleich relativ offen; eine Partei zu gründen ist sehr einfach; es gibt auch deshalb relativ viele Parteien vor allem auf lokaler Ebene, die sich ideologisch unterschiedlich verorten lassen.

In letzter Zeit hat die Professionalisierung der Parteien eher zugenommen. Allerdings stammen die Ressourcen nach wie vor nicht vom Staat. Es gibt also keine offizielle, staatliche Parteienfinanzierung.

Die Parteienforschung in der Schweiz ist relativ wenig ausgebaut.

Was zeichnet das Verbandssystem / die Verbände als organisierte politische Interessengruppen im politischen System der Schweiz aus?

Insbesondere die Wirtschaftsorganisationen (z.B. Economiesuisse, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Berufsverbände) haben eine sehr starke Stellung im politischen System der Schweiz. Gründe dafür sind ihre starke Professionalisierung (v.a. aufgrund von Mitgliederbeiträgen). Ein weiterer Grund ist der so genannte Korporatismus: weil der Zentralstaat auch organisatorisch schwach war, braucht(e) er (so genannte parastaatliche) Organisationen, die an seiner Stelle Aufgaben wahrnehmen. Es entsteht somit eine gegenseitige Abhängigkeit, was die Stellung der Verbände stärkt. Schliesslich handeln die Verbände (insbesondere Gewerkschaften und Arbeitgeber) unter Beizug des Staates Verträge aus, mit denen der Staat entlastet wird (z.B. Sozialpartnerschaft, Arbeitsfrieden). Die Anhörung einzelner Verbände (v.a. Wirtschaftsinteressen) bei Vernehmlassungen ist sogar in der Verfassung festgeschrieben, was die Bedeutung noch weiter unterstreicht.

Was sind die zentralen Elemente des Parlaments im politischen System der Schweiz?

Zwei gleichberechtigte Kammern: Nationalrat = Volksvertretung; Anzahl Sitze (total 200) entsprechend der Bevölkerungsgrösse eines Kantons / Ständerat = Kantonsvertretung; jeder Vollkanton hat zwei Sitze, jeder Halbkanton (BS, BL, AI, AR, OW, NW) je einen (total 46 Sitze); National- und Ständeräte werden für vier Jahre gewählt.

Das Parlament ist ein so genanntes *Arbeitsparlament*: im Gegensatz zu einem Redeparlament (z.B. UK) werden die wichtigen Diskussionen nicht im Plenum gehalten, sondern in so genannten ständigen Kommissionen. In diesen *Kommissionen*, die für bestimmte Themen verantwortlich sind und darin Expertise entwickeln, werden Geschäfte und Gesetze eingehend besprochen und wichtige Entscheide gefällt, die in der Regel im Parlament dann nur noch abgenickt werden. Die Reden im Parlament dienen vor allem dazu, der Öffentlichkeit die unterschiedlichen Positionen in der Diskussion in den Kommissionen deutlich zu machen. Entscheide werden auch in den *Fraktionen* vorbesprochen. Die Fraktionen bestehen in der Regel aus einer Partei, oder aus mehreren Parteien mit ähnlicher ideologischer Ausrichtung (z.B. die EVP in der CVP-EVP-Fraktion). Um eine Fraktion bilden zu können, braucht es mindestens 5 Sitze (im Nationalrat).

Es gibt – im Prinzip – keine Berufspolitikerinnen und -politiker in der Schweiz. Die Idee ist, dass das Parlament ein *Milizparlament* ist, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier also neben ihrer politischen Tätigkeit einer Arbeit nachgehen. In Realität ist das allerdings praktisch nicht mehr so, da im Schnitt rund die Hälfte bis drei Viertel der Arbeitszeit eines Parlamentsmitglieds für Parlamentsarbeit verwendet wird.

Die *Gesetzgebende Funktion* wird mit verschiedenen Instrumenten ausgeübt:

- *Interpellation*: unverbindliche Frage an die Regierung, was sie von einem bestimmten Thema, einer bestimmten Entwicklung, etc. hält. Jedes Parlamentsmitglied kann Ip. einreichen. Der Bundesrat gibt Antwort.
- *Postulat*: Auftrag an den Bundesrat, abzuklären, ob es zu einem bestimmten Thema ein Gesetz braucht; wenn das Postulat von der Mehrheit einer Kammer angenommen wird, antwortet der Bundesrat mit einem Bericht.
- *Motion*: Auftrag an den Bundesrat, eine Vorlage für ein Gesetz auszuarbeiten; eine Motion muss von der Mehrheit beider Kammern angenommen werden, damit der Bundesrat tätig wird.
- *Parlamentarische Initiative*: das Parlament selber unternimmt den Anlauf einer Gesetzesvorlage (ohne «Umweg» über den Bundesrat). Wenn beide zuständigen Kommissionen der beiden Kammern der Pa.Iv. Folge gibt, wird eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet, die dann im Parlament beraten wird. Wenn eine Kommission nicht Folge gibt, muss die entsprechende Kammer zustimmen oder ablehnen.

Bei Gesetzesvorlagen (vom Bundesrat vorgelegte so genannte Bundesratsgeschäfte oder aber Vorlagen aus einer Pa.Iv.) kommt es zu einem geregelten Beratungsprozess der beiden Kammern. In der *Eintretensdebatte* wird diskutiert, ob überhaupt ein neues Gesetz entstehen soll oder nicht bzw. ob die Vorlage beraten oder zur Überarbeitung zurückgewiesen werden soll. Anschliessend werden die einzelnen Artikel des Gesetzes beraten (*Detailberatung*), wobei ein Ping-Pong zwischen dem so genannten Erstrat (Kammer, die das Geschäft als erste berät) und dem Zweirat von maximal zwei Runden entsteht. Wenn nach diesen beiden Runden noch

keine Einigkeit zwischen den Kammern hergestellt werden konnte, braucht es ein *Differenzbereinigungsverfahren*, wo versucht wird, einen Kompromiss zwischen den Kammern zu finden.

Was sind die zentralen Elemente der Regierung im politischen System der Schweiz?

Der Bundesrat besteht aus sieben Mitglieder, die einzeln von der Bundesversammlung (Nationalrat und Ständerat zusammen) für vier Jahre gewählt werden. Ein Mitglied ist jeweils für 1 Jahr *Bundespräsident*. Es gibt also keinen dauerhaften Präsidenten.

Bundesrätinnen und Bundesräte können *nicht abgewählt* werden (höchstens nicht wiedergewählt, also nicht bestätigt); sie bestimmen den Zeitpunkt ihres Rücktritts selbst.

Das Gremium funktioniert nach dem *Kollegialitätsprinzip*; jedes Mitglied steht einem *Departement* vor, man tauscht sich aus und das Kollegium spricht mit einer Stimme.

Die Zusammensetzung der Regierung hat sich mit der Zeit gewandelt. Das System wandelt sich von einem Mehrheitssystem (nur FDP im Bundesrat) zu einem *Konkordanzsystem*, bei dem die wichtigsten Kräfte eingebunden werden: die Parteien einigen sich, wer wie viele Sitze in der Regierung erhält. Die so genannte Zauberformel (2 FDP, 2 CVP, 2 SP und 1 SVP) hielt fast 50 Jahre lang, was im internationalen Vergleich ausserordentlich stabil ist.

Es handelt sich hier um eine Mischform aus präsidentiellem und parlamentarischem Regierungssystem. Zwar vom Parlament bestimmt, aber nicht abwählbar.

Was sind die zentralen Elemente der Verwaltung im politischen System der Schweiz?

Die Schweiz hat im internationalen Vergleich eine ziemlich *schlanke Verwaltung*; es gibt die Tradition des Beamtentums nicht und das Milizsystem ist nach wie vor stark verbreitet. Auch die schwache Zentralisierung des Staates zu Beginn 1848 ist ein Grund für die Schlantheit der Verwaltung; die Staatsquote (Anteil Staatsausgaben für Verwaltung) ist gering. Rund 1/3 wird für die Verwaltung ausgegeben (zum Vergleich: USA: 37.9%; Oecd-Schnitt bei ca. 50%; F: 56%).

Wichtig ist der *Vollzugsföderalismus*; eine schlanke Verwaltung führt zu geringerer Kontrolle bei der Umsetzung von Gesetzen.

Was sind die zentralen Elemente der Judikative im politischen System der Schweiz?

Richterinnen und Richter werden für sechs Jahre nach Parteienproporz (Parteimitgliedschaft als Bedingung) von der Bundesversammlung gewählt. Dies ist im internationalen Vergleich eher nicht unabhängig; allerdings ist die de facto Unabhängigkeit nicht gefährdet.

Es gibt in der Schweiz keine Verfassungsgerichtsbarkeit; die Bundesrichter können also das Parlament nicht daran hindern, ein Gesetz auszuarbeiten, das der Verfassung widerspricht.

Die Judikative ist in der Politikwissenschaft stark untererforscht.

Wie lassen sich die intermediären Akteure im politischen System der Schweiz beschreiben?

Die Medien, die früher vor allem ideologisch gefärbte Parteiblätter waren, sind heute eigenständig; es kann allerdings eine relativ ausgeprägte Pressekonzentration beobachtet werden.

Die direkte Demokratie, als ein Spezialelement des politischen Systems der Schweiz, lässt sich im Systemmodell von Almond und Powell (1988) an zwei Orten platzieren. Wo und was bedeutet dies konkret?

Im zentralen Entscheidungssystem: hier hat die direkte Demokratie (in Form des fakultativen und des obligatorischen Referendums) die Funktion einer *Nachkontrolle* und sie lässt Mitentscheidung durch die Stimmbevölkerung zu. Gesetzesprozesse werden gestoppt, nachkontrolliert oder legitimiert.

Als Inputfunktion: direkte Demokratie in Form der Volksinitiative bringt (neue) Themen in die politische Arena. Die Volksinitiative artikuliert und aggregiert Interessen.

Wie ist die Direkte Demokratie in der Schweiz konkret beschaffen; welche Instrumente gibt es?

Obligatorisches Referendum: Beschliesst das Parlament eine Verfassungsänderung, dann muss diese der Stimmbevölkerung obligatorisch zur Abstimmung vorgelegt werden.

Staatsvertragsreferendum: Beschliesst das Parlament die Ratifizierung eines wichtigen Staatsvertrags, dann muss diese der Stimmbevölkerung obligatorisch zur Abstimmung vorgelegt werden.

Fakultatives Referendum: Jedes vom Parlament beschlossene Gesetz kann mit Hilfe eines fakultativen Referendums zur Volksabstimmung gebracht werden. Bedingung: 50'000 gültige Unterschriften müssen innert 100 Tagen vorgelegt werden.

Volksinitiative: Durch Sammeln von 100'000 Unterschriften während 18 Monaten kann eine Verfassungsänderung verlangt werden. Die Volksinitiative entfaltet nicht nur Wirkung, wenn sie angenommen wird, sondern bereits, weil über ein neues Thema diskutiert wird. Wirkung kann eine Volksinitiative auch entfalten, wenn das Parlament einen weniger weit gehenden *Gegenvorschlag* ausarbeitet.

Welche Wirkungen werden der direkten Demokratie zugeschrieben?

Das fakultative Referendum gilt als Hauptgrund für die Entstehung des Konkordanzsystems. Weil wichtige Parteien mit dem Referendum drohen und so blockieren können, werden sie in die Regierungsverantwortung eingebunden («Damoklesschwert Referendum»).

Fakultatives Referendum als Bremse (Status-Quo-Bias) und Volksinitiative als Gaspedal (neue Themen).

Was ist das spezielle am Gesetzgebungsprozess in der Schweiz?

Es ist auf Konkordanz, also die Einbindung der wichtigsten Kräfte und der Suche nach einem Kompromiss ausgelegt. Und zwar in allen drei Phasen: vorparlamentarisch (Einbindung vermittels Vernehmlassungsverfahren), parlamentarisch (Einbindung der wichtigsten politischen Akteure) und nachparlamentarisch (Legitimation durch [potenzielle] Einbindung der Stimmbevölkerung)